



Antwort

zur Anfrage Nr. AF/0001/2023

Vorlage: AW/0004/2023				Datum: 08.03.2023			
Verfasser:		Dezernat 4				Az.: FB IV / Dezernatsbüro	
Betreff: Große Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Anwohnerparkgebühren in Koblenz							
Gremienweg:							
16.03.2023	Stadtrat		einstimmig		mehrheitl.		ohne BE
			abgelehnt		Kenntnis		abgesetzt
			verwiesen		vertagt		geändert
	TOP	öffentlich		Enthaltungen			Gegenstimmen

Antwort:

1. Plant die Stadt im Zuge der angekündigten Rechtsverordnung des Landes eine Neuordnung der Parkausweisgebühren für Anwohner in Koblenz?
2. Falls ja, ist eine Obergrenze für Anwohnerparkgebühren vorgesehen?
3. Plant die Stadt im Zuge der angekündigten Rechtsverordnung des Landes eine gänzliche Aufhebung des Bewohnerparkens?
4. Falls ja, sind Ersatzmaßnahmen wie Quartier-Gebührensätze (z.B. in Landau) avisiert?
5. Sind Maßnahmen geplant, auf öffentliche Parkmöglichkeiten angewiesene Anwohner im Falle erhöhter Gebühren finanziell zu entlasten?
6. Sind sonstige Entlastungen für betroffene Anwohner vorgesehen?

Der Verordnungsentwurf der Landesregierung zur Übertragung der Ermächtigung zur Festsetzung von Parkgebühren ist der Verwaltung bekannt.

Sobald die Rechtsverordnung in Kraft tritt, wird die Verwaltung das bestehende System des Bewohnerparkens einschließlich der Gebührenfrage prüfen und den Gremien einen entsprechenden Entscheidungsvorschlag vorlegen.